



Rundbrief Aktuell

Informationen aus Berlin und dem Wahlkreis

Ausgabe 17-48/01.12.2017

Deutsche Gesundheitswirtschaft international gefragt

Berlin – 20.11.2017



Auch wenn das Parlament seine reguläre Arbeit noch nicht wieder aufgenommen hat, ruhen die Aufgaben dennoch nicht. Die drängenden Zukunftsthemen erlauben keinen Aufschub und so war es mir eine Freude in dieser Woche gemeinsam mit den Mitgliedern der German Health Partnership (GHP) die Zukunft unserer Gesundheitswirtschaft zu diskutieren.

Die GHP ist eine Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) mit dem Ziel die enorme Innovations- und Exportkraft der Gesundheitswirtschaft auch international zu erhalten.

Über den wirtschaftlichen Zielen steht aber immer eines: die globale Verbesserung der Lebensqualität.

Die Erkenntnis, dass die Gesundheit der Bevölkerung eines Landes unmittelbar mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit zusammenhängt, ist allgemein anerkannt. Die internationale Nachfrage nach innovativen Gesundheitsleistungen und Know-

How wächst daher stetig. Im Schulterschluss mit der Bundesregierung arbeitet die GHP daran, optimale Rahmenbedingungen und somit Planungs- und Investitionssicherheit zu schaffen.

Vor allen Dingen muss aber die globale Zusammenarbeit intensiviert werden. Kooperation der einzelnen Regierungen, den Akteuren der Gesundheitslandschaft und der Wirtschaft ist der Schlüssel um dem Ziel einer weltweit flächendeckenden Gesundheitsversorgung näher zu kommen.

Deutschland sieht sich hier als starker Partner. Im Rahmen unserer G20-Präsidentschaft in diesem Jahr haben wir das Thema der globalen Gesundheit in den Fokus gestellt.

Die praktischen Hinweise der Mitgliedsunternehmen und Akteure in der internationalen Gesundheitswirtschaft geben mir für meine zukünftige Arbeit im Bereich der Gesundheits- und Entwicklungspolitik wertvolle Handreichungen. Gerade auch während der Ebola-Krise hat sich die enge Zusammenarbeit des öffentlichen und privaten Sektors als immens wertvoll erwiesen. Dies gilt es auszubauen um künftig besser auf solche Krisen vorbereitet zu sein.



Zukunftsfragen der Ärztenetze



Eine der drängendsten gesundheitspolitischen Fragen, die wir direkt vor Ort lösen müssen, ist die der flächendeckenden ärztlichen Versorgung. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sowohl bei der Ärzteschaft als auch der Patientinnen und Patienten bedarf es zeitnah neuer Strukturen um die Versorgung besser zu organisieren.

Einen interessanten und vielversprechenden Ansatz bieten hier Ärzte bzw. Praxisnetze. Unter dem Titel „Professionelle Arztnetze in der neuen Legislatur - Chancen und Herausforderungen für die Versorgung der Zukunft!“ durfte ich auf Einladung der Agentur deutscher Arztnetze e.V. die Potentiale erörtern und diskutieren.

Nicht oft kommt es vor, dass sich in politischen Fragestellungen die Meinungen der verschiedenen Parteien doch recht ähnlich sind.

Die Möglichkeiten einer effizienten Koordinierung ärztlicher Leistungen innerhalb von Kooperationen sahen aber auch meine Mitdiskutanten, Christine Aschenberg-Dugnus

(FDP), Kathrin Vogler (Die Linke) sowie Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis/Grüne).

Noch stehen Arztnetze als relativ neues Phänomen der gesundheitlichen aber auch gesundheitsnahen Versorgung, vor einigen Hürden um ihr vollumfängliches Potential ausschöpfen zu können.

Dr. Veit Wambach, Vorstandsvorsitzender der Agentur Deutscher Arztnetze bedauert insbesondere, dass auch anerkannte Netze noch nicht in den Leistungserbringerstatus aufgenommen wurden. Dies macht es unter anderem schwierig als „Netz“ z.B. Ärztinnen oder Ärzte einzustellen. Praxisnetze sehen sich vor allem auch als Motoren innovativer Versorgungsformen. Schwierig wird es jedoch bei der Förderung durch den Innovationsfonds. Auch hier können sich die Netze nicht als Gesamtes beteiligen.

Ich befürworte daher ganz ausdrücklich, dass derzeit geprüft wird, ob man Praxisnetzen den Status eines „regionalen Leistungserbringers“ verleihen könne. Dies würde die Arbeit der Netze erheblich erleichtern und ihnen deutlich mehr Gestaltungsspielraum verleihen.

Die 17 Kassenärztlichen Vereinigungen sind schon heute in der Lage erfolgreiche Ärztenetze anzuerkennen, setzen dies allerdings bislang eher zögerlich um. Im Sinne einer zukunftsfähigen Versorgung sollten sie sich diesem Modell durchaus etwas schneller öffnen.



Glyphosat – in der Sache richtig, Schmidts Alleingang falsch

Berlin – 21/22..11.2017

Das alles überlagernde Thema in dieser Woche ist die Entscheidung der EU-Kommission zur Verlängerung des Pflanzenschutzmittelwirkstoffs Glyphosat, mit deutscher Zustimmung.

Die Verlängerung in der Sache ist richtig, denn die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache: Aufgrund der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse hat es keine Notwendigkeit gegeben, Glyphosat die Zulassungsverlängerung zu verweigern. Dennoch war das Zustandekommen natürlich mehr als irritierend. Zurecht hat die Bundeskanzlerin darauf hingewiesen, dass der geschäftsführende Agrarminister gegen die Geschäftsordnung der Bundesregierung verstoßen hat und angemahnt, dass sich ein solcher Vorfall nicht wiederholen dürfe.

Gerne möchte ich aber auch noch einmal erläutern, was es eigentlich mit Glyphosat auf sich hat, da in der Öffentlichkeit ein Bild gezeichnet wird, dass sich in keiner Weise mit dem Stand der Wissenschaft deckt.

Der Wirkstoff ist seit 40 Jahren in Deutschland zugelassen und unterliegt in Deutschland und der EU strengsten Auflagen. Pflanzenschutzmittel durchlaufen im Rahmen der Zulassungsverfahren intensive Prüfungen, in denen sie hinsichtlich ihres Risikos geprüft werden.

Anlass der Diskussion war die Einstufung von Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend. Hier möchte ich einige Vergleiche zur Einordnung anbringen. In dieselbe Gefährdungsgruppe wird ebenfalls rotes Fleisch und Acrylamid

(in Chips, Lebkuchen und Pommes Frites vorhanden) eingeordnet. Alkohol und Sonnenlicht finden sich sogar in der höchsten Risikokategorie.

Das Bundesamt für Risikobewertung ist bei ihrer turnusmäßigen Neubewertung zu dem Schluss gekommen, dass bei sachgerechter Anwendung keinerlei Gefahr für die menschliche Gesundheit besteht. Für die CDU/CSU gibt es keinen Grund, an der Expertise des BfR zu zweifeln, da sich diese ebenfalls im Einklang mit anderen nationalen und internationalen Bewertungsbehörden deckt.

Der aktuelle Streit macht aber deutlich, dass das Zulassungsverfahren verbessert werden muss. Die Öffentlichkeit hat ein verständliches Bedürfnis nach größerer Transparenz. Hier ist insbesondere die Europäische Kommission in der Pflicht.

Rheinische Flurweihnacht



Auch in diesem Jahr durfte ich alte und neue Kolleginnen und Kollegen zur traditionellen Rheinischen Weihnachtsfeier begrüßen, die schon auf Bonner Tage zurückgeht.

Auf diese Art und Weise pflegen wir nun seit Jahren eine herzliche Gemeinschaft und es ist möglich sich trotz der bewegenden Themen schrittweise auf die Weihnachtszeit einzustimmen. Musikalisch unterstützt wurden wir wieder von unserer Flötistin Elisabeth Winkelmeier-Becker und dem Gitarristen Anno Bücking.